



Peter Weckmann MdL

Neues aus
dem Landtag
09/2015 - Dezember I



Peter Weckmann ... für den Essener Süden!

Vorletzte Plenartage in 2015 ...

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

die vorletzten Plenartage des Jahres 2015 sind vorüber. Und ich muss zugeben: das Jahr ist wie im Flug vergangen.

Drei vollgepackte Plenartage hatten es auch noch einmal in sich. Neben der Königsdisziplin eines jeden Parlaments, dem Haushalt (gestern und vorgestern in zweiter Lesung), gab es auch andere spannende Themen. Über einige berichte ich im Innenteil, für weitergehende Informationen verweise ich an dieser Stelle wieder auf die Homepage des Landtags sowie den Newsletter der SPD-

Landtagsfraktion.

Ansonsten war die Zeit seit dem letzten Plenum hauptsächlich geprägt von vielen Terminen vor Ort. Häufig mit spannenden inhaltlichen Diskussionen. Auch dazu mehr im Innenteil. Jetzt freue ich mich auf die „gemütlichen“ Termine bei Euch im Südwahlkreis und auf dem Essener Weihnachtsmarkt.

Nun viel Spaß beim Lesen!
Ihr/Euer Peter Weckmann

Ausführliche Informationen zu den letzten Plenartagen gibt es im Newsletter unserer Landtagsfraktion:

- **Anmeldung unter:**
www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

Aktuell:

- **Zweite Lesung des Landeshaushalts 2015**
... Seite 1
- **Aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik**
... Seite 2
- **Landtag setzt (fast) gemeinsames Signal für Freiheit und gegen Terror**
... Seite 3
- **„Fluglärm“ Thema beim SPD-Ortsverein Kupferdreh**
... Seite 4
- **Besuch aus dem Wahlkreis - Tombo-lagewinner aus Kupferdreh**
... Seite 5
- **Vorlesetag 2015 - Gespensterjagd in Kettwig**
... Seite 6
- **Fraktion vor Ort im Essener Süden - FEU-ERW EHFRENSACHE**
... Seite 7
- **+++kurz notiert+++**
... Seite 8

Zweite Lesung des Landeshaushalts 2015

Am 3. und 4. Dezember hat sich der Landtag mit dem Haushalt 2016 in 2. Lesung befasst. Trotz erhöhter Ausgaben aufgrund der Flüchtlingswelle will die Landesregierung die Neuverschuldung von 1,9 Mrd. € in 2015 auf 1,8 Mrd. € in 2016 senken. Rot-grün brachte zahlreiche Änderungsanträge zum Haushalt ein, mit einem Volumen von fast 30 Millionen Euro.

Schwerpunkte hierbei sind unter anderem die Themenfelder Kultur (insbesondere der „Kulturrucksack“), Politische Bildung, Familie, Sport/ Zivilgesellschaft (Aufstockung der

Übungsleiterpauschale zur Wertschätzung des Ehrenamtes im Sport) und Bekämpfung von Steuerkriminalität (unter anderem bessere Vernetzung der Behörden untereinander).

Besonders herausheben möchte ich die Bekämpfung von (Rechts)Extremismus. Für Hilfe und Beratungen wollen wir 2016 mehr Geld ausgeben. Dazu soll der Etat der Bundeszentrale für politische Bildung aufgestockt werden. Auch vor dem Hintergrund der gestiegenen Flüchtlingszahl ist politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit verstärkt notwendig.

Aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik

Auch in diesem Newsletter knüpfe ich wieder an das Thema „Flüchtlingspolitik“ an und gebe einen kurzen Überblick über einige herausgehobene Initiativen seit dem letzten Newsletter:

Grundstücksgipfel bei Minister Groschek

Die zusätzliche Nachfrage nach Wohnraum durch die Zuwanderung von Flüchtlingen hat die Problematik des Bedarfs an Bauland wieder in den Fokus gerückt. Es ist nötig, zusätzliche Flächen im Innenbereich und Brachflächen hierfür zu (re)aktivieren. Das Land hat jetzt untersucht, wo es Siedlungsflächen gibt und wo Grundstücke fehlen. Landesbauminister Groschek hat deshalb Vertreter der Kommunen und der Bauwirtschaft Ende November empfangen, um über die Möglichkeiten, aber auch über Probleme und Lösungen der Baulandmobilisierung zu diskutieren. Das Siedlungsflächenmonitoring hat zwar ergeben, dass es genug in NRW gibt, die Standorte sich jedoch nicht mit dem Bedarf decken. In sechs Regionalisierungskonferenzen Anfang 2016 sollen deshalb spezielle Flächen gezielt betrachtet werden. Unterschieden werden muss bei der aktuellen Flüchtlingsfrage zwischen der Befriedigung kurzfristigen Bedarfs und der Neuausweisung von Wohnbauflächen.

Mit den Mitteln des Rechtsstaates gegen rechtsextreme Hetze im Netz

Hetze, Drohungen und Beleidigungen von Flüchtlingen und Flüchtlingshelfern im Internet (insb. in den „sozialen“ Netzwerken) durch rechtsextreme Gruppierungen, ideologisch verblendete Einzelpersonen, die „Ich bin kein Nazi, aber“- „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber“- und „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“-Fraktionen nehmen in einem erschreckenden Maße zu. Vielleicht hat man das vor dem Hintergrund der scheinbaren Anonymität des Internets zu lange hingegenommen, nun jedoch verstärken Polizei und Justiz den Kampf gegen diese rechtsextremen Straftaten. Im Landeskriminalamt durchsucht eine Task Force von 17 Spezialisten das Internet, um die Täter zu identifizieren und Beweise

zu sichern. Auffällig ist und auch bedenklich, dass die Täter immer häufiger „Klarnamen“ verwenden und die Hetze an Schärfe und Aggressivität zunimmt. Innenminister Ralf Jäger hat das Thema zudem auf die Tagesordnung der nächsten Innenministerkonferenz gesetzt, um eine gemeinsame Strategie gegen diese Form der Hetze und Drohung zu entwickeln. Für die „Cyberkriminalität“ wird die Zuständigkeit ab 2016 bei der Staatsanwaltschaft Köln als Zentralstelle gebündelt. Hier werden dann fünf Staatsanwälte die Ermittlungen führen und Ansprechpartner für Polizeibehörden und Kompetenzzentren von LKA und BKA sein.

Auch ich rufe dazu auf, Flagge zu zeigen und solche Straftaten anzuzeigen. Anzeigen können auch im Internet unter www.polizei.nrw.de erstattet werden.

SPD-Fraktion unterstützt Appell der LfM NRW

Die SPD-Fraktion im Landtag hat am 24. November beschlossen, sich dem Appell „Für Meinungsfreiheit - gegen Hetze im Internet“ der Landesanstalt für Medien NRW anzuschließen. Die LfM sieht hier insbesondere die Verantwortlichen sozialer Medien aber auch anderer Internetplattformen in der Pflicht, sich ihrer Verantwortung stärker als bisher zu stellen. Durch die Möglichkeit des weltweiten Aufrufs der Inhalte haben diese eine riesige (kostenlose) Reichweite. Die Anbieter müssen dafür sorgen, dass diese Reichweite nicht für Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Hetze missbraucht wird. Ganz deutlich: Hier soll es nicht um Zensur gehen, sondern um ein demokratisches und tolerantes Miteinander.

Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge

Auf eine ungewöhnlich schnelle Beratungsfolge haben sich die Landtagsfraktionen bei dem Fünften Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes geeinigt: Einbringung des Gesetzes am 2.12. und Überweisung ohne Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, welcher außeror-

dentlich am 3.12. vor der Plenarsitzung tagt und sein Votum abgibt. Am 4.12. erfolgt dann die finale 2. Lesung im Plenum und die abschließende Abstimmung. Hintergrund ist, dass es bei dem Gesetz um die Zuteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geht. Es soll die Verteilung anhand der individuellen Situation der Kinder und Jugendlichen und der damit verbundenen individuellen Bedürfnisse sicherstellen. Ein tolles Signal des gesamten Landesparlaments. Hier steht das Wohl junger Menschen, die teils Unvorstellbares mitgemacht haben, im Vordergrund und nicht der politische Schlagabtausch. Unter anderem wird in dem Gesetz eine pauschale Kostenerstattung an die Kommunen sowie eine landeszentrale Stelle beim Landschaftsverband Rheinland (LVR) festgelegt.

Ein Dank zum Schluss

Vor lauter Berichterstattung vergisst man hin und wieder auch, einfach mal „Danke“ zu sagen. Das möchte ich hier nachholen. Mein Dank gilt natürlich

weiterhin den ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfern. Er gilt aber auch - und das kommt vielleicht manchmal zu kurz - denjenigen politisch Aktiven vor Ort, die sich unermüdlich an die Seite der Menschen stellen, die bei uns Zuflucht vor Terror und Krieg suchen. Denjenigen, die nicht der Versuchung erliegen, einigen lauten Kritikern nach dem Mund zu reden, sondern weiterhin für eine echte Willkommenskultur stehen und die damit verbundenen Herausforderungen konstruktiv angehen. Denjenigen, die in den sozialen Netzwerken den Hasskommentaren mit starker Stimme im Sinne der Demokratie widersprechen.

Appell der Landesmedienanstalt

www.lfm-nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

Aktuelle Informationen zum Thema „Flüchtlinge“:

www.spd-fraktion-nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

www.mik.nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

www.essen.de oder [direkt hier klicken](#)

www.ich-helfe.nrw oder [direkt hier klicken](#)

Landtag setzt (fast) gemeinsames Signal für Freiheit und gegen Terror

Wieder einmal musste der Landtag auf ein grausames Ereignis angemessen reagieren: auf die schrecklichen Attentate von Paris. Das geht am besten durch ein starkes demokratisches Signal aller im Landtag vertretenen Fraktionen. Mit Ausnahme der Piratenfraktion haben auch alle Fraktionen am 2.12. zu Beginn der Plenarsitzung mit einer gemeinsamen Resolution dieses Zeichen gesetzt.

In der Resolution werden die Attentate von Paris als das bezeichnet, was sie sind: Ein Anschlag auf die Freiheit aller Menschen in Europa. Ziel war es, Angst zu schüren, Solidarität zu schwächen und Zusammenhalt zu zerstören. Unsere Grundwerte von Freiheit, Gleichheit und insbesondere Menschlichkeit sollten attackiert und gestört werden. Das dürfen wir nicht zulassen! Wir müssen an den Grundfesten unseres demokratischen Rechtsstaats festhalten - Freiheit, Frieden, Respekt und Toleranz werden wir uns nicht nehmen lassen. Wir werden die Anschläge

nicht zum Anlass nehmen, Flüchtlinge unter Generalverdacht zu stellen. Denn die, die bei uns Zuflucht suchen fliehen gerade vor diesem barbarischen Terror. Die Attentäter sind nichts anderes als Mörder, sie sind Straftäter und wir werden sie mit allen Mitteln unseres Rechtsstaates verfolgen und bestrafen.

Mit Sicherheit sind diese Attentate eine Bewährungsprobe für die Einheit Europas. Damit sind sie auch eine Chance. Deshalb fordern die Antragsteller alle demokratischen Kräfte auf, weiterhin für unsere offene und freiheitliche Gesellschaft einzustehen und besonnen aber mit rechtsstaatlicher Entschlossenheit zu handeln.

Ein besonderer Dank ging an all diejenigen Menschen, die unsere Werteordnung verteidigen.

Gemeinsame Resolution von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP

www.landtag.nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

„Fluglärm“ Thema beim SPD-Ortsverein Kupferdreh

Am 17. November hatte mich die SPD Kupferdreh zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Im Gepäck hatte ich einen ganzen Batzen aktueller Themen aus der Landespolitik. In über zwei Stunden sind wir jedoch über das Thema „Fluglärm“ nicht hinausgekommen. Das ließen auch schon die Gäste erahnen. Viele bekannte Gesichter der „Bürger gegen Fluglärm“ fanden den Weg in die Gaststätte Peli, in eine bestens besuchte Versammlung.



Der Status Quo sind 202.000 Flugbewegungen im Jahr 2014. Besonders lärmintensiv sind die Landungen. Von diesen erfolgen 20% bis 30% aus westlicher Richtung und 70% bis 80% aus östlicher Richtung. Erlaubt sind bisher 47 Flugbewegungen pro Stunde. Kamen zu Beginn meiner Tätigkeit als Abgeordneter die Beschwerden vornehmlich aus Kettwig, so höre ich mittlerweile Beschwerden aus dem gesamten Essener Süden bis hin nach Heisingen, Stadtwald, Rellinghausen und Überraehr. Ein absolutes Nachtflugverbot gibt es am Düsseldorfer Flughafen nicht: „Normaler“ Flugbetrieb ist von 6 bis 22 Uhr; zwischen 22 und 23 Uhr sind nur Landungen zulässig. Zwischen 23 und 0 Uhr und 5 und 6 Uhr dürfen verspätete Maschinen mit dem Wartungsschwerpunkt Düsseldorf landen. Propellerflugzeuge mit weniger als neun Tonnen Gewicht dürfen rund um die Uhr starten und landen. Soweit die Theorie - die Betroffenen können ein Lied davon singen, dass die gefühlte Realität häufig anders aussieht. Vor dem Hintergrund eines erwiesenen Zusammenhangs von Fluglärm und Herz- und Kreislauferkrankungen ist und bleibt meine persönliche Forderung eine durch-

gängige Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr. Ausnahmen dürfen nur für Rettungsflüge gelten.

Aktueller Bezug und damit auch die Erklärung für den Besucherandrang war der Antrag des Flughafens Düsseldorf auf Kapazitätserweiterung. Der Flughafen möchte Starts und Landungen auf 60 pro Stunde erhöhen. Damit einhergehen soll die Schaffung von acht zusätzlichen Abstellplätzen für Flugzeuge. Eine weitere geplante Änderung betrifft die zweite Landebahn („Nordbahn“). Nach dem sog. Angerlandvergleich darf diese (zum Schutz der Anwohner) unter anderem nur in den Stoßzeiten zwischen 7 und 8 Uhr und 17 und 20 Uhr genutzt werden. Zudem muss die Nutzung eine Woche vorher angemeldet werden. Der Flughafen will sich zukünftig angemeldete und nicht genutzte Zeiten auf der Nordbahn gutschreiben lassen. Diese „gutgeschriebenen“ Zeiten sollen dann ohne vorherigen Antrag nutzbar sein. Dies bedeutet eine faktische Aushebelung des Angerlandvergleichs.

Das sogenannte „Planfeststellungsverfahren“ zur Kapazitätserweiterung befindet sich noch in einem sehr frühen Stadium. Nach der Antragstellung am 27. Februar 2015 erfolgte die übliche Prüfung der Antragsunterlagen durch das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Das Prüfungsverfahren hat Ende August ergeben, dass noch Anpassungen und Komplettierungen der durch den Flughafen einge-



reichten Unterlagen notwendig sind. Damit verzögert sich die öffentliche Auslegung im nächsten Verfahrensschritt wohl mindestens bis Anfang 2016.

Das waren nur einige der erörterten Punkte. In der anschließenden, durch den Ortsvereinsvorsitzenden Christian Sieg geleiteten, Diskussionsrunde konnten viele Anwesende ihrem Ärger und auch ihrer gefühlten Ohnmacht gegenüber dem mächtigen Flughafen Luft machen. Ich wurde in diesem Zusammenhang oft gefragt, was denn der einzelne Bürger machen kann? Die Antwort kann nur lauten: Das Thema aktuell halten - zum Beispiel durch Leserbriefe, aber auch durch Zuschriften an die Verantwortlichen und die Politik. Damit werden uns Politikern gewichtige Argumente an die Hand gegeben. Der Vorsitzende des Stadtplanungsausschusses, Thomas Rotter, unterstrich an dieser Stelle deutlich die ablehnende Haltung des Rates der Stadt Essen zur Kapazitätserweiterung.

Zum Schluss noch einmal mein Standpunkt: Ich bin der festen Überzeugung, dass beim Fluglärm das Maß des Erträglichen für betroffene Bürgerinnen und Bürger (nicht nur) im Essener Süden nicht nur erreicht, sondern überschritten ist und bekenne mich deshalb ausdrücklich als Gegner der Kapazitätserweiterung. Ich bin diesbezüglich auch im Gespräch mit anderen SPD-Landtagsabgeordneten, deren Wahlkreise von Fluglärm betroffen sind. Spätestens bei Auslage der Planunterlagen werden wir diese Gespräche intensivieren. Ich werde hier bei aktuellen Entwicklungen weiter berichten. Natürlich stehe ich auch gerne bei Terminen Rede und Antwort zu diesem Thema.

Weitere Informationen zu den Bürgern gegen Fluglärm:
www.buergergegenfluglaerm.de oder [direkt hier klicken](#)

Informationen des Flughafens Düsseldorf:
www.dus.com oder [direkt hier klicken](#)

Besuch aus dem Wahlkreis - Tombolagewinner aus Kupferdreh

Für die Tombola des SPD-Ortsvereins Kupferdreh beim Sonnenblumenfest im September diesen Jahres habe ich wieder Besuche im Landtag beigesteuert. Am 2. Dezember konnte ich die Gewinnerin Helga vom Bruch und ihre Begleitung Marga Hensel im Landtag begrüßen. Dankenswerterweise hat sich Rolf Reithmayer bereit erklärt, die beiden Damen zum Landtag und wieder zurück zu fahren. Nach einer individuellen Landtagsführung durch mein Büroteam lud ich die Gäste auf ein Mittagessen in die Landtagskantine ein. Hier ergab sich die Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen. Die Gewinnerin kommt übrigens nicht aus dem Südwahlkreis, sondern aus Frintrop. Wir hatten das Glück, „ihren“ Landtagsabgeordneten Thomas Kutschaty in der Bürgerhalle des Landtags zu treffen. Auch hier ergab sich die Gelegenheit, ein paar Worte miteinander zu wechseln. Ein Gang auf die Besuchertribüne, um die Debatte im Plenum zu verfolgen und das obligatorische Foto vor dem Landtag rundeten das Programm ab. Ich freue mich schon auf den Besuch anderer Gewinner im Januar 2016.



Vorlesetag 2015 - Gespensterjagd in Kettwig



Am 20. November fand auf Initiative der Stiftung Lesen der 12. Bundesweite Vorlesetag statt. Dieser Tag soll die Bedeutung des Lesens und Vorlesens unterstreichen. Einmal im Jahr sind alle Interessierten eingeladen, als Vorleser Botschafter für dieses Anliegen zu sein. Auch viele Politiker aller Ebenen gehen hier mit gutem Beispiel voran.

Wie in den Vorjahren habe ich mich an dieser wichtigen Aktion beteiligt. Dieses Mal habe ich jedoch nicht an einer Schule vorgelesen, sondern bin der Einladung der Stadtteilbibliothek in Kettwig gefolgt. Im Gepäck hatte ich das aktuelle Buch von Cornelia Funke „Gespensterjäger im Feuerspuk“. Das Buch handelt - wie auch schon die Vorgänger - von den Gespensterjägern Hedwig Kümmelsaft, Tom Tomsy und MUG (Mittelmäßig Unheimliches Gespenst) Hugo. Im aktuellen Buch werden sie von Hoteldirektor Wichtigmann zu einem Auftrag gerufen, der es



in sich hat. Vorgelesen habe ich gemeinsam mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Stadtbezirk IX, Daniel Behmenburg. Die jungen Zuhörer waren Schülerinnen und Schüler der Schule an der Ruhr in Kettwig. Wir lasen ihnen die ersten beiden Kapitel der Geschichte vor. Das Buch haben sie natürlich nach der Lesung für die Schulbibliothek mitgenommen und wie ich hörte, wurde noch am selben Tag im Unterricht weitergelesen.



Im Anschluss nutzten Daniel Behmenburg und ich die Gelegenheit, mit der Leiterin der Stadtteilbibliothek, Petra Bandura, ins Gespräch zu kommen. Für den Bezirksvertreter war es ein kleines Heimspiel, denn jährlich unterstützt das Stadtteilparlament die Bibliotheken im Bezirk mit einer vierstelligen Summe. Erfreulich ist die Tatsache, dass die Kettwiger Stadtteilbibliothek im stadtweiten Vergleich einen der vorderen Plätze einnimmt. Mit Sicherheit auch Resultat des persönlichen Einsatzes, welcher hier an den Tag gelegt wird.

Ausgezeichnet fand ich, dass sich Frau Bandura bereits jetzt Gedanken über ein Angebot für die Flüchtlinge macht, welche ab Herbst 2016 in Kettwig erwartet werden, insbesondere natürlich über Sprachlehrbücher. Das Erlernen der deutschen Sprache ist der wichtigste Grundstein für eine gelungene Integration, deshalb ist das Vorhalten entsprechender Angebote ein wichtiger Schritt.

Weitere Information zum Vorlesetag
www.vorlesetag.de oder [direkt hier klicken](#)

Fraktion vor Ort im Essener Süden - FEUERWEHRENSACHE



Am 30. November habe ich gemeinsam mit meiner Kollegin Britta Altenkamp und meinen Kollegen Dieter Hilser und Thomas Kutschaty zu einer Veranstaltung in die Hochschule der bildenden Künste in Kupferdreh eingeladen. Themen waren das zu verabschiedene „Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz“ (BHKG) und das Projekt „FeuerwEhrensache“. Neben einigen Genossinnen und Genossen fanden auch Vertreter der Feuerwehr, des ASB sowie der zuständige Dezernent der Stadt Essen, Christian Kromberg, den Weg nach Kupferdreh.

Als Referenten konnten wir mit dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Stotko, einen ausgewiesenen Experten für den Themenkomplex gewinnen. Ziele der Novellierung des BHKG sind die Anpassung der Brandschutzregelungen, die Aufwertung des Katastrophenschutzes, die Stärkung des Ehrenamtes und der Kinderfeuerwehren. Thomas Stotko stellte ausführlich die konkreten Änderungen der Gesetzesnovellierung vor. Sechs Diskussionspunkte sind im laufenden Verfahren offen geblieben: Betriebszugehörigkeit der Werkfeuerwehren, Zuständigkeit der Ölspur- und Tierkadaver-



beseitigung, einheitliche Einsatzleitung für Feuer-/Katastrophenschutz und Rettungsdienst, Schutz kritischer Infrastrukturen (KRITIS), stärkere NRW-Verantwortlichkeit für Katastrophenschutz und der verbesserte Versicherungsschutz für „Altschäden“. Das Projekt „FeuerwEhrensache“ ist im Koalitionsvertrag vereinbart worden und wird jedes Jahr mit einer Million € Landesmittel finanziert. Ziele sind die Steigerung und Wertschätzung von Ehrenamt und Freiwilliger Feuerwehr, insbesondere im ländlichen Raum und die Reaktivierung und Gewinnung von Mitgliedern, insbesondere von Frauen und Migranten.



In der anschließenden Diskussion wurden noch Hinweise gegeben, die mit in die abschließende Beratung des Gesetzes einfließen werden. Die finale Befassung im Innenausschuss ist am 10. Dezember, die Beschlussfassung des Gesetzes während des nächsten Plenums Mitte diesen Monats vorgesehen.

Darüber hinaus findet am 8. Dezember eine große Feuerwehrkonferenz der SPD-Landtagsfraktion statt, zu welcher sich Interessierte gerne anmelden können. Hier werden dann auch unsere Änderungen am Gesetz vorgestellt werden. Darüber hinaus bietet die Fraktion auch Informationen über das Projekt „FeuerwEhrensache“ an.

Kompaktinfo zu dem Thema „Starke Feuerwehren“
www.spd-fraktion-nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

ert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert

Auszeichnung durch Minister am Tag des Ehrenamtes

Minister Thomas Kutschaty hat am des „Tag des Ehrenamtes“ 43 ehrenamtlich Engagierte im Bereich der Justiz und 20 ehrenamtlich engagierte Justizangehörige im Bereich der Flüchtlingshilfe ausgezeichnet. Er hob den Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements für unsere Gesellschaft hervor. Er betonte, dass das Gemeinwohl nicht nur staatliche Aufgabe sein kann, sondern die eines jeden Einzelnen. Diesem Dank und dieser Wertschätzung für den Einsatz für unser Gemeinwesen schließe ich mich an und erweitere diesen gerne auf alle ehrenamtlich Engagierten.

Gesetzentwurf zu Leiharbeit und Werkverträgen

Der „neue“ NRW-Arbeitsminister Rainer Schmeltzer wertet den Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen als ersten Schritt gegen Missbrauch. Die NRW-Landesregierung hätte sich einen etwas größeren Wurf erhofft, sieht jedoch das aktuelle Maximum des Machbaren in einer Regierung mit CDU/CSU erreicht. Zum Beispiel hätte aus Landessicht ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Vergabe von Werkverträgen Berücksichtigung finden müssen. Das Land hatte 2014 in Berlin ein Gutachten mit Vorschlägen zu

dieser Gesetzesänderung vorgestellt. Hier wurde ergänzend zum Beispiel eine Beweislastumkehr vorgeschlagen, die Scheinwerkverträge risikoreicher macht. Es besteht also im Sinne eines fairen Wettbewerbs noch einiges an Spielraum nach oben.

„Amtshilfe“ für unsere griechischen Nachbarn

Ein Erfolgsmodell macht Schule. Den Aufschlag für erfolgreiche Jagd auf Steuersünder und damit auf einen riesigen volkswirtschaftlichen Schaden brachte dem NRW Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans anfänglich große Kritik ein. Mittlerweile sind viele andere Bundesländer auf den Zug aufgesprungen und NRW nimmt eine Vorreiterrolle ein. Nun hat die Finanzverwaltung NRW dem griechischen Finanzministerium 10.000 Datensätze zur Verfügung gestellt, damit griechische Steuerhinterzieher verfolgt werden können, die über Bankkonten in der Schweiz verfügen.

E-Government-Gesetz erreicht den Landtag

Am 2. Dezember wurde das E-Government-Gesetz in das Plenum eingebracht. Eine digitale Verwaltung soll der fortschreitenden Digitalisierung der Welt Rechnung tragen. Bürgerinnen und Bürger sollen einfach, schnell, orts- und zeitunabhängig ihre Verwaltungsangelegenheiten erledigen können.

Konkret sparen sich damit viele Menschen den oft lästigen Behördengang. Vom Antrag bis zum Bescheid soll alles elektronisch ablaufen. Außerdem sollen die Landesbehörden bis spätestens 2022 ihre Akten elektronisch führen. Hierfür wurden im Haushalt allein rund 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Unterrichtung der Landesregierung zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Am 4. Dezember hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft den Landtag über die Verhandlungen der Länder über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen unterrichtet. In der Ministerpräsidentenkonferenz haben sich die 16 Bundesländer auf einen Kompromiss geeinigt. Hannelore Kraft konnte die wesentlichen Forderungen NRW's durchsetzen. Ab 2020 sind für NRW Mehreinnahmen von 1,5 Mrd. € zu erwarten. Fraglich ist nur noch, ob Bundesfinanzminister Schäuble das Konzept mitträgt.



So erreicht Ihr mich:

Peter Weckmann

Landtag NRW
Postfach 10 11 43
40001 Düsseldorf

Telefon (0211) 8842630
Telefax (0211) 8843064

peter.weckmann@landtag.nrw.de
www.peter-weckmann.de
www.facebook.com/peter.weckmann